

Es gibt eine Blindheit, die Institutionen befällt, sobald sie Handeln mit Wirkung verwechseln.

Sie beginnt unscheinbar: in dem Reflex, ein sichtbares, unangenehmes und moralisch aufgeladenes Problem müsse hart beantwortet werden. Härter fahnden, härter bestrafen. Die Cannabispolitik in Deutschland – und in großen Teilen des Westens – ist seit Jahrzehnten ein Denkmal dieses Reflexes. Man richtet die Kraft des Gemeinwesens auf das, was sich zeigen lässt, und nennt das Bekämpfung der Ursache.

Ein Markt kümmert sich nicht um Absichten. Er folgt seiner eigenen Logik.

Man kann ihn sich wie Wasser vorstellen, das einen Hang hinunterläuft. Flussaufwärts lassen sich Dämme bauen, so viele man will. Zeigt das Gelände in ein bestimmtes Tal, kommt das Wasser trotzdem dort an, notfalls durch Rinnen, die vorher niemand gesehen hat. Preisunterschiede, Nachfrage, Verfügbarkeit, die Margen der organisierten Kriminalität und das, was die Strafverfolgung tatsächlich leisten kann: Das ist das Gefälle. Der Konsument ist nicht die Quelle. Er ist höchstens der Tropfen, der sichtbar wird, wenn er irgendwo austritt. Ihn zu jagen heißt, Symptom und Ursache zu verwechseln. Das ist ein so grundlegender Fehlschluss, dass eine Gesellschaft, die sich für rational hält, eigentlich innehalten müsste.

Über einen Strom zu moralisieren ist etwas anderes, als ihn zu verstehen. Und was man nicht versteht, kann man nicht steuern. Man kann es nur bekämpfen – teuer, unvollständig und ohne absehbares Ende.

Die Ethik der Sichtbarkeit

Nimmt man den Gedanken ernst – Institutionen sollten sich zu Strömen verhalten, statt Symptome abzuarbeiten –, folgt daraus etwas, das auf den ersten Blick überrascht. Der Unterschied zwischen legalem und illegalem Markt ist vor allem ein Unterschied der Sichtbarkeit. Nicht zuerst eine Frage der Freiheit.

Ein illegaler Markt ist ein dunkler Raum. Niemand weiß genau, wie groß er ist, wer sich darin bewegt, welche Preise gelten, welche Mengen durchlaufen. Der Staat kann nicht regulieren, was er nicht sieht. Er kann nicht besteuern, was er nicht misst, und nicht schützen, was er nicht erreicht. Ein legaler Markt, so unvollkommen er auch sein mag, macht Licht an. Es gibt Zahlen. Es gibt Grenzen, die man ziehen, prüfen und verschieben kann. Das ist keine ideologische Liberalisierung. Es ist der Wechsel von Blindheit zu Einsicht.

Deutschland hat diesen Wechsel mit dem Cannabisgesetz von 2024 nur zur Hälfte vollzogen. Genau das ist die Lehre, nicht die Rhetorik darum herum. Die erste

Säule – Anbauvereinigungen, privater Anbau weniger Pflanzen, eine straffreie Besitzmenge – hat in einem Teil des Raums Licht gemacht. Die zweite Säule, die eigentlich die regulierte Abgabe über lizenzierte Fachgeschäfte in ausgewählten Modellregionen ermöglichen sollte, liegt weiter auf Eis. Zwar wurde Ende 2024 mit der Konsumcannabis-Wissenschafts-Zuständigkeitsverordnung ein rechtlicher Weg für entsprechende Forschungsprojekte eröffnet. Praktisch ist daraus bislang kein einziges Modell mit legaler Abgabe an Konsumenten entstanden. Die zuständige Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung lehnt entsprechende Anträge ab – mit Verweis auf die Grenzen der Forschungsklausel und die Notwendigkeit eines eigenen gesetzlichen Schritts. Frankfurt hatte ein fertiges Konzept und einen Forschungsantrag. Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung lehnte ihn im September 2025 ab. Andere Städte warten ebenfalls. Der Raum ist also nur halb erleuchtet. Was sich im Dunkeln wohlfühlt, kommt mit einem halben Licht durchaus zurecht.

Solange die zweite Säule fehlt, bleibt eine Lücke. Die füllt sich nicht zufällig, sondern weil der Weg des geringsten Widerstands eben dort verläuft. Branchenleute sagen das ohne Umschweife: Jeder weitere Monat der Verzögerung ist ein guter Monat für den Schwarzmarkt. Halbe Sichtbarkeit ergibt halbe Kontrolle. Mehr steckt nicht dahinter.

Deshalb ist „Kontrollverlust“ das falsche Wort für diesen Zustand. Kontrolle wird erst möglich, wenn man den Raum wirklich sieht. Man formt nicht, was man nicht anschaut – und schon gar nicht, was man nur von einer Seite betrachtet.

Das Paradox der Regulierung

Hier liegt ein Paradox, bei dem es sich lohnt stehenzubleiben. Regulierung gilt gewöhnlich als Gegenteil von Freiheit. In diesem Fall kann sie die Voraussetzung dafür sein, überhaupt handeln zu können. Nicht weil Regeln an sich verdienstvoll wären. Sondern weil ein Markt mit bekannten Grenzen einer ist, in dem sich Gesundheitsrisiken begrenzen, eine unkontrollierte Ausweitung dämpfen und das Geschäft der organisierten Kriminalität unattraktiver machen lassen – nicht durch bloßes Verbot, sondern indem die sichtbare, besteuerte, geprüfte Alternative lohnender wird als der Umweg durchs Dunkle.

Die Steuer spielt dabei eine Rolle, die selten so benannt wird. Wir behandeln sie meist als Einnahmequelle, als Haushaltsposten. Hier ist sie eher ein Hahn. Dreht man ihn zu fest zu, entsteht ein neues Preisgefälle, und der alte Markt kommt durch diese Lücke zurück. Dreht man ihn zu weit auf, verliert der Staat das Steuerungsinstrument, ohne etwas gewonnen zu haben. Es geht also weniger darum, wie viel Geld die Kasse haben möchte. Es geht darum, welchen Teil des Stroms man durch welchen Kanal lassen will.

Genau deshalb ist die stockende zweite Säule mehr als ein bürokratisches Missgeschick. Ohne Fachgeschäfte gibt es keinen Hahn. Es gibt nur das Rinnsal der Vereinsabgabe, und das fängt den eigentlichen Bedarf nicht auf. In Deutschland wird inzwischen über die richtige Steuerhöhe für Läden gestritten, die es noch gar nicht gibt. Das ist ungefähr so, als würde man sich über die Wasserhärte unterhalten, während die Leitung nicht verlegt ist.

Die Grenze als Spiegel

Es gibt auch eine geografische Seite, über die merkwürdig wenig gesprochen wird. Ein Land, das im Alleingang legalisiert, während die Nachbarn anders verfahren, erzeugt automatisch eine neue Strömung: Grenzhandel. Das ist kein Beweis dafür, dass die Politik gescheitert wäre. Es ist die vorhersehbare Folge einer Asymmetrie.

Die Nachbarschaft liefert das Gefälle gleich mit. Die Niederlande dulden seit Jahrzehnten den Verkauf über Coffeeshops – ein etabliertes, rechtlich schiefes System, das trotzdem funktioniert. Seit April 2025 versucht das Land mit dem Experiment einer geschlossenen Coffeeshop-Kette, gerade dieses alte Hintertürproblem zu lösen: Der Verkauf soll nicht länger geduldet sein, während die Versorgung im Dunkeln bleibt. Tschechien hat den privaten Anbau seit Anfang 2026 für Erwachsene weitgehend freigegeben, einen legalen kommerziellen Verkauf gibt es weiterhin nicht. Polen bleibt deutlich strenger. Mitten darin liegt Deutschland: legalisierter Vereins- und Eigenanbau, kein einziger offiziell geöffneter Laden. Wer nahe der niederländischen Grenze wohnt, muss sich das nicht auf einer Karte erklären lassen.

Der Zoll steht dabei ziemlich unglücklich da. Was in Maastricht oder Enschede legal über den Tresen ging, wird zur Straftat, sobald es die Grenze passiert. Kontrolliert wird nach Risikoprofilen. An den Grenzen zu den Niederlanden und Tschechien werden weiterhin erhebliche Mengen Cannabis sichergestellt. Allein das Zollfahndungsamt Hannover meldete für 2025 rund 1,5 Tonnen sichergestelltes Cannabis – gegenüber etwa 265 Kilogramm im Vorjahr. Das ist nicht die Arbeit einer Behörde, die ein System steuert. Das ist die Arbeit von Leuten, die mit den Händen einen Fluss aufhalten sollen, dessen Quelle woanders liegt. Von einer Zollverwaltung zu verlangen, sie solle sich verhalten, als hätte sich ringsum nichts geändert, heißt, sie in einen Kampf zu schicken, den sie nicht gewinnen kann.

Was am Ende trägt

Zieht man das zu Ende, landet man bei einem Punkt, der mit Cannabis nur noch lose zu tun hat. Legitimität entsteht nicht durch Kampagnen. Keine noch so geschickte Botschaft ersetzt die Erfahrung, dass etwas tatsächlich funktioniert.

Akzeptanz ist kein gewonnenes Meinungsbild. Sie bleibt übrig, wenn eine Ordnung lange genug hält.

Eine Institution, die funktioniert, muss sich nicht dauernd erklären. Sie zeigt sich. Eine Institution, die Jahr um Jahr dieselben Ergebnisse einführt und trotzdem erklären muss, warum sie gegen die Wirklichkeit ankämpft, hat ihre Schwäche längst sichtbar gemacht. Keine moralische. Eine intellektuelle. Sie hat Kraft mit Klugheit verwechselt.

Verwaltungen können sehr geschickt darin werden, das zu tun, was sie immer getan haben, ohne noch zu fragen, ob genau das getan werden sollte. Dann entsteht eine eigene Art von Stille. Referentenentwürfe werden geschrieben, Modellregionen diskutiert, Zuständigkeiten geprüft, Sicherstellungsmengen veröffentlicht. Es bewegt sich viel. Es ändert sich wenig.

Die Cannabispolitik ist in diesem Licht weder Befreiungsprojekt noch bloße Ordnungsfrage. Sie ist eine Prüfung: Kann eine Institution ein System als Strom, Druck und Widerstand sehen und sich danach richten – statt nach dem Wunsch, wie sich die Welt zu verhalten hätte?

Die Antwort sagt vermutlich mehr über den Staat aus als über die Pflanze. Die Pflanze ist an unseren Debatten unbeteiligt. Wir ziehen die Mauern und Gräben und legen fest, wo etwas fließen darf.

Die Frage ist nur, ob wir das Gelände kennen, bevor wir bauen.

/Staffan Scherloff